

Beschluss - Dresden Nazifrei

Unterstützung Aktionen des Zivilen Ungehorsams



Der DGB Bundesjugendausschuss beschließt

dass die DGB Jugend Aktionen des Zivilen Ungehorsams als legitime Aktionen in gesellschaftlichen und betrieblichen Auseinandersetzungen ansieht und diese unterstützt. Die DGB Jugend sieht die aktuellen Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche als eine Form des Zivilen Ungehorsams und als Auftakt einer theoretischen Debatte und praktischen Auseinandersetzung rund um das Potenzial von Aktionen des Zivilen Ungehorsams für die Entwicklung neuer Arbeitskampfformen und Aktionen in weiteren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an.

Die DGB Jugend setzt sich dafür ein, dass diese Diskussion auf einer theoretischen Ebene und anlassbezogen in den Mitgliedsgewerkschaften und dem DGB geführt wird.

Die DGB Jugend und ihr Begriff des Zivilen Ungehorsams

In Anlehnung an die klassische Definition des Zivilen Ungehorsams, dem aus Gewissensgründen vollzogenen und bewussten Verstoß gegen rechtliche Normen zur Beseitigung einer Unrechtssituation und der Erfahrungen aus den sozialen Kämpfen der Arbeiter/-innen -bewegung der letzten zwei Jahrhunderte, verstehen wir unter dem Begriff Ziviler Ungehorsam: „Die bewusste Überschreitung von Normen zur Verhinderung oder Beseitigung von Unrechtssituationen in betrieblichen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen“. Für uns ist dabei klar, dass wir jede gewaltsame Eskalation grundsätzlich ablehnen und sich unsere Aktivitäten nicht gegen die Polizei richten.

Unsere Grundsätze für eine Mitarbeit in Blockadebündnissen

Als Standard bei Blockadebündnissen gegen Naziaufmärsche wirkt die DGB Jugend auf Vereinbarungen zwischen den Bündnispartnern, sogenannten „Aktionskonsense“ hin, die folgende Punkte beinhalten:

- Wir sind entschlossen, die Nazis zu blockieren
- Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen
- Unsere Gegner sind die Nazis und nicht die Einsatzkräfte der Polizei
- Das Ziel, die Nazis zu blockieren, eint uns über alle politischen Differenzen hinweg

Begründung

In der Vergangenheit nahm die DGB Jugend bereits vielerorts an Aktionen des Zivilen Ungehorsams erfolgreich teil. Eine grundlegende Positionierung und damit eine Verortung der DGB Jugend steht bisher noch aus. Studien wie z. B. die Shell-Studie machen deutlich, dass gerade junge Menschen kein Vertrauen mehr in die Parlamentarische Demokratie und ihre handelnde Elite haben. Gleichzeitig machen dieselben Studien allerdings auch deutlich, dass junge Menschen bereit sind, sich für ihre Themen zu engagieren.

Zahlreiche Aktionen und Kampagnen, wie z. B. „Nazifrei-Dresden stellt sich quer!“, „Castor schottern“ oder der Bildungsstreik zeigen, dass Menschen gewillt sind, sich für ihre Themen aktiv einzusetzen, sondern in diesem Zusammenhang auch bereit sind, geltende Gesetze zu verletzen und die juristischen Konsequenzen für ihr Handeln in Kauf zu nehmen.

Die Gewerkschaften haben zu den unterschiedlichen Kampagnen und Formen des Zivilen Ungehorsams ein ambivalentes Verhältnis. Innerhalb des DGB gibt es grundsätzlich unterschiedliche Positionierungen zu dieser Thematik. Weitgehend konsensfähig scheint die Kampagne des Bildungsstreiks zu sein, obwohl auch hier konkrete Aktionen wie Unibesetzungen und spontane Blockaden aus Demonstrationen heraus kontroverse Diskussionen ausgelöst haben. Bei anderen Aktionsformen, wie der Verhinderung von Naziaufmärschen mittels Massenblockaden oder gar die Unterhöhnung von Zuggleisen zur Verhinderung eines Castortransportes sind Gewerkschaften als Akteure nur noch am Rande bzw. überhaupt nicht mehr zu finden. Zahlreiche, hauptamtliche wie ehrenamtliche, Funktionäre und Entscheidungsträger/-innen stehen den immer zahlreicher werdenden Ansätzen von Zivilen Ungehorsam kritisch bis ablehnend gegenüber.

Hierfür gibt es unterschiedliche Ursachen: Die Angst vor Überforderung der eigenen Mitgliedschaft, ebenso wie falsche Vorbehalte vor Bündnispartnern wie z. B. Antifagruppen oder eben auch fehlende juristische und politische Erfahrungen und fehlendes Hintergrundwissen zu einer entsprechenden Verortung der jeweiligen Aktionen des Zivilen Ungehorsams. Bei Akteuren des DGB spielt häufig die Angst vor dem Verlust von Sozialpartnerschaftlichen Netzwerken bzw. die Gefährdung von Kontakten zu handelnden Politikern eine bedeutende Rolle.

DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik

Beschluss - Dresden Nazifrei

Unterstützung Aktionen des Zivilen Ungehorsams



Tragisch dabei: In Vergessenheit geraten dabei die Auseinandersetzungen rund um das heute als selbstverständlich angesehene und im Grundgesetz verbrieften Koalitions- und Streikrecht. Denn diese Errungenschaften des heutigen Sozialstaats wurden nicht Vordergründig am Verhandlungstisch oder im Parlament erkämpft: Grundlage für eine gesetzliche Regelung war ein zäher Kampf der Arbeiter/-innenbewegung in den letzten beiden Jahrhunderten.

Hinzu kommt, dass es innerhalb der Gewerkschaften keine grundsätzliche Debatte rund um die Frage des Zivilen Ungehorsams gibt oder in den letzten Jahren geführt wurde, obwohl gerade diese Diskussion die grundsätzliche Frage nach der strategischen Ausrichtung von Gewerkschaften in der Zukunft berührt.

Zugespitzt müssen wir uns als Organisation die Frage beantworten: Ob wir uns für neue beteiligungsorientierte aber auch konfliktorientierte Auseinandersetzungskultur entscheiden wollen oder ob wir die Zukunft der Gewerkschaften im sozialpartnerschaftlichen Handeln sehen.

Die DGB Jugend kann in der Frage von Aktionen des Zivilen Ungehorsams innerhalb des Gewerkschaftsspektrums eine erfolgreiche Vorreiterrolle einnehmen.

Die DGB Jugend und ihr Verhältnis zur Gewalt

Für uns ist klar, dass wir jegliche Form von Gewalt grundsätzlich ablehnen. Unser Gewaltbegriff erschöpft sich dabei nicht nur in der tatsächlichen Schädigung von Menschen oder Gegenständen sondern impliziert auch die in unserer Gesellschaft weit verbreiteten strukturellen Formen von Gewalt wie Diskriminierung, der strukturellen Benachteiligung von bestimmten Schichten und sozialen Gruppen im Bildungssystem oder der immer stärker werdenden Kluft zwischen wenigen Reichen auf der einen Seite und der immer größeren Verarmung eines Großteils der Gesellschaft auf der anderen Seite.

Allerdings sind wir auch der Meinung, dass wir in unseren politischen Auseinandersetzungen immer wieder mit Situationen konfrontiert werden können, in denen Gewalt in Form von Notwehr notwendig, ja geradezu geboten sein wird. Angriffe von Nazis auf Gewerkschaftsaktive in Teufelstal oder Dortmund zeigen: Ein reines Vertrauen auf die Gegenwart und Handlungsfähigkeit von Staat und Polizeieinsatzkräften kann fatale Folgen haben.

Selbst das sogenannte gezielte durchfließen von Polizeiketten, zur Besetzung einer Naziroute und damit zur legitimen Verhinderung eines Naziaufmarschs kann als gewaltsame Handlung gewertet werden, obwohl hierbei klar ist, dass sich diese Aktion nicht gegen die Polizeieinsatzkräfte sondern gegen Nazis richtet. Wer diese Aspekte negiert, diskutiert und handelt unehrlich. Nicht nur in Vorbereitung auf Aktionen des Zivilen Ungehorsams muss eine entsprechende Diskussion rund um eine mögliche Konfrontation mit Gewalt geführt werden.

Von der Naziblockade zum Politischen Streik - Das Potenzial des Zivilen Ungehorsams in zukünftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen

Beispiele wie die Kampagnen „Dresden-Nazifrei“ 2010 und 2011 zeigen, dass Aktionen des Zivilen Ungehorsams für eine breite Masse von Menschen anschlussfähig und in der Sache erfolgreich sein können. Die DGB-Gewerkschaften haben zu den Aktionen des Zivilen Ungehorsams ein ambivalentes Verhältnis. Doch gerade für sie bietet diese neue Protestkultur viele Chancen. Innerhalb der Bündnisse und Kampagnen, die zu Aktionen des Zivilen Ungehorsams aufrufen, entstehen belastbare Kontakte und tragfähige Netzwerke. Die Chancen auf die Entwicklung einer großen und durchsetzungsfähigen Außerparlamentarische Bewegung stehen im Moment sehr gut. Die Erfahrungen die die Gewerkschaften in dieser Bewegung und bei den Aktionen des Zivilen Ungehorsams machen, können den Weg zur Durchsetzung des politischen Streiks öffnen.

Ein politisches Streikrecht wird den Gewerkschaften niemals gegeben sondern muss von ihnen in immer weitergehenden Aktionen und Kampagnen erkämpft werden. Ähnlich wie in den aktuellen Auseinandersetzungen rund um die Aktionen des Zivilen Ungehorsams geht es auch beim politischen Streik nicht um die Frage von Legalität. Es ist eine Frage der Legitimität. Vor einer gesetzlichen Regelung wird es in der Praxis eine Auseinandersetzung in den Betrieben und auf der Straße geben und damit muss auch die Debatte rund um den Politischen Streik weg von den theoretischen Diskussionen auf Sitzungen und Konferenzen hin zu einer praktischen politischen Kultur des Zivilen Ungehorsams in den Betrieben und auf der Straße. Die Frage, ob unsere Mitglieder und damit wir als Organisation eine Konfliktkultur entwickeln, in der nicht als erstes gefragt wird, ob die Aktion legal ist, sondern ob sie legitim ist, ist dafür entscheidend.